

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P. XXI/208

Bonn, den 31. Oktober 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

ACHT MILLIARDEN DM PRO JAHR !

4

Konkursanmeldung fällig - In der Nähe einer Staatskrise

1a

Hilflose Reaktion in Bonn

51

Nach der Pressekonferenz de Gaulles

2 - 3

Ist der Verteidigungshaushalt tabu ?

96

Sicherheitspolitische Bedürfnisse entscheiden

Von Dr. Udo Hein, MdB

4 - 5

Unsere Schulen im Ausland (I)

65

Vorzüge und Mängel

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

6

"Ein Dienstmädchen aus Portugal"

49

Auch zwischen Spanien und Portugal gibt es Spannungen

Von unseren HD-1-Korrespondenten in Madrid

\* \* \*

-----  
ACHT MILLIARDEN DM PRO JAHR !  
-----

Konkursanmeldung fällig - In der Nähe einer Staatskrise

sp - Im Nachrichtenwirbel um den Rücktritt der FDP-Minister ist eine Bemerkung des Familienministers Heck, Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied der CDU, fast untergegangen, die dieser am Donnerstagabend im Zweiten Deutschen Fernsehen gemacht hat. Heck sagte:

- \* "Bundesfinanzminister Dahlgrün hat uns (den übrigen Kabinetts-
- \* mitgliedern) nach langem Drängen endlich darüber orientiert,
- \* daß wir im Schnitt die nächsten Jahre, also ab 1968, ein Defi-
- \* zit von acht Milliarden zu decken haben".

Nach einem Hinweis darauf, daß man das Defizit für 1967 vielleicht noch verkraften könne, fuhr Herr Heck fort:

- \* "Aber für die Jahre 1968, 1969, 1970 und 1971 würde es auch
- \* der Finanzminister Dahlgrün nicht wagen zu sagen, daß man in
- \* diesen vier Jahren das Defizit durch Streichungen ausgleichen
- \* könne".

Bundesfamilienminister Heck ist ein seriöser Mann. Bis heute hat niemand die von ihm in der Fernsehsendung getroffenen Feststellungen demontiert. Man kann also von der Voraussetzung ausgehen, daß Herr Heck die Wahrheit gesagt hat und daß die finanzielle Situation der Bundesrepublik noch schlimmer ist als man das bisher allgemein angenommen hat.

Daraus ergeben sich folgende Überlegungen: Entweder haben die Bundesregierung und an ihrer Spitze der noch amtierende Bundeskanzler nichts davon gewußt - dann ist dies ein Beweis für die Unfähigkeit der Bundesregierung und ihres Bundeskanzlers, vorausschauend und versorgend die Finanzen des Bundes in Ordnung zu halten.

Die andere Überlegung: Die Bundesregierung und mit ihr der noch amtierende Bundeskanzler haben gewußt, wie es mit den Finanzen des Bundes aussieht - dann haben sie schon vor der Bundestagswahl 1965 wissen tlich das Volk im Unklaren darüber gelassen, daß die von ihr beschlossenen Wahlgeschenke keine Deckung im Haushalt finden.

In beiden Fällen erhärten die Ausführungen des Bundesfamilienministers Heck die sogar in der CDU/CSU schon seit langem getroffene Feststellung, daß der Bundeskanzler, auch ohne daß er sich jetzt mit einer parlamentarischen Minderheitsregierung im Amt halten will, - nicht regierungsfähig ist.

Es bleibt die Aufgabe aller demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik, dafür zu sorgen, daß die jetzige Regierungskrise und das Unvermögen der CDU/CSU, das Problem Erhard zu lösen, sich nicht zu einer Staatskrise ausweitet.

## Hilflose Reaktion in Bonn

### Nach der Presskonferenz de Gaulles

sp - Als Herbert Wehners Vorschläge zur Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Teile Deutschlands bekannt wurden, hat die Bundesregierung - ohne den genauen Text der Vorschläge zu kennen - innerhalb 24 Stunden dreimal (!) den Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Gesamtdeutsche Fragen heftig kritisiert. Fast 48 Stunden nach der letzten Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten de Gaulles war noch immer keine klare Stellungnahme der Bundesregierung zu dessen Ausführungen zu erhalten. Auch was später kam, blieb dürftig.

Die massiven Vorwürfe de Gaulles an die Adresse von Bonn müssen nicht zuletzt auch als der innenpolitische Versuch des französischen Staatspräsidenten gewertet werden, jene Kräfte zu mobilisieren, die von vornherein der deutsch-französischen Aussöhnung skeptisch gegenüberstanden; das sind in erster Linie die Kommunisten.

Aber wie dem auch sei: in jedem Fall braucht die Bundesrepublik so schnell wie möglich eine handlungsfähige Regierung, die genügend Rückhalt im Volk hat, um das Werk der deutsch-französischen Verständigung wiederzubeleben und sichern zu können. Dasselbe gilt auch für die Äußerungen de Gaulles zur europäischen Einigung und zur atlantischen Partnerschaft. Eine handlungsunfähige deutsche Regierung ist nicht in der Lage, die hauptsächlich auf die französische Innenpolitik gezielten Bemerkungen de Gaulles durch eine konstruktive Politik der Partnerschaft auszugleichen. Mehr denn je wird die Bundesrepublik gerade jetzt zum Spielball unterschiedlichster innenpolitischer Strömungen bei unserem westlichen Nachbarn.

Wenn man bedenkt, dass ein führendes Mitglied der gaullistischen UMR-Partei, Prof. René C a p i t a n t, wenige Stunden nach de Gaulles Pressekonferenz erklärte, wie im geteilten Vietnam, müsse die Erringung der nationalen Einheit auch im Falle Deutschland den Deutschen selbst überlassen werden und selbst wenn es darüber zu einem Bürgerkrieg zwischen den beiden Teilen Deutschlands käme, würde Frankreich nach dem Grundsatz der Nichteinmischung keinesfalls den Gendarmen spielen, sollte man wissen, was die Stunde geschlagen hat. Keine ausländische Macht, so führte Capitant weiter aus, dürfe sich einmischen, wenn die Wiedervereinigung zwischen Bonn und Pankow ausgehandelt werden könne. Frankreich werde Bonn einen derartigen Kontakt nicht untersagen. Es sei die Sache der Deutschen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln.

Es ist nicht anzunehmen, dass sich die offizielle französische Politik gegenwärtig diese Ausführungen des gaullistischen Abgeordneten Capitant öffentlich zu eigen machen wird. Trotzdem: der Abgeordnete Capitant ist nicht irgendwer. Nicht nur die französischen Kommunisten werden ihm zustimmen, sondern auch alle jene, die nach der de Gaulle-Reise nach Moskau und in dem demnächst stattfindenden Besuch der sowjetischen Führungsgarnitur in Frankreich den französischen Staatspräsidenten als den "großen Vermittler" zwischen Ost- und Westeuropa betrachten.

Unter diesen Umständen kann man nur fragen, ob der Bundesregierung nichts Besseres einfällt, als Formeln von sich zu geben, die alle Welt schon kennt und über die man zur Tagesordnung übergeht.

Ist der Verteidigungshaushalt tabu ?

Von Dr. Udo Hein, MdB

Was Eingeweihte bereits seit langeren wußten, jetzt wurde es offenbar: Der Haushaltsentwurf 1967 ist ein Dokument optischer Gewissensberuhigung; lediglich auf dem Papier ausgeglichen, weist er eine Deckungslücke von mindestens vier Milliarden DM auf. Berufene und Unberufene beeilen sich daher, Kürzungsvorschläge zu unterbreiten, oft nicht frei von dem Bemühen, die notwendigen Einsparungen auf Bereiche abzulenkten, die das eigene Interesse nicht unmittelbar berühren. Solche Erwägungen zielen ganz besonders auf den Verteidigungshaushalt ab, der mit 26 Prozent der Gesamtausgaben ein geeignetes Experimentierfeld zu sein scheint, auf den Finanzexperten und Haushaltsquilibristen ihr Geschick beweisen können, ohne sofort den Zorn der Interessenverbände auf sich zu ziehen. Und in der Tat, Einsparungen bei der Beschaffung von Starfightern, Panzern und anderen Waffen betreffen den Bürger nicht unmittelbar; solche Kürzungen sind populärer als Steuererhöhungen oder der Abbau von bisherigen Vergünstigungen.

Wenn es jedoch richtig ist, daß jeder Haushalt der auf Zahlen reduzierte Ausdruck der ihm zugrunde liegenden Politik ist, und daß daher der Verteidigungshaushalt die sicherheitspolitische Konzeption der Bundesregierung widerspiegelt, wird man mögliche Einsparungen am Wehretat genau prüfen müssen. Schließlich wird davon unsere Sicherheit berührt, die rein fiskalischen Überlegungen vorzugehen hat.

Andererseits aber ist unbestreitbar, daß wir unsere Verteidigungsaustreibungen angesichts der prekären Finanzlage immer nur am "sicherheitspolitischen Minimum" orientieren können. Das Problem ist nur, in welcher Höhe, fiskalisch gesehen, eben dieses Minimum anzusetzen ist. Das ist kaum eine finanzielle oder militärische, sondern eine eminent politische Frage, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß unsere Sicherheit nicht nur auf der Zahl einsatzfähiger Waffen als vielmehr in weit größerem Maß auf der sicherheitspolitischen Qualität unserer S A u ß e n p o l i t i k beruht.

Mit einiger Betroffenheit müssen wir in diesem Zusammenhang erkennen, daß die Bundesregierung in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik seit langem klare Vorstellungen vermissen läßt. Es gibt zu viele Fragen, auf die wir bis heute keine hinreichende Antwort bekommen haben. Da ist etwa das Problem, ob und welche neuen Aufgaben die Bundesrepublik im NATO-Bündnis nach dem Rückzug Frankreichs zu übernehmen hat; auch der überaus wichtige Fragenkomplex der deutschen atomaren Mitbestimmung ist bis heute im Zwielicht geblieben. Von seiner Beantwortung aber hängt letztlich die Entscheidung ab, ob wir gegebenenfalls unsere konventionelle Bewaffnung verstärken müssen, und schließlich spielen hier auch die Aussichten auf eine allgemeine Abrüstung hinein. Alle diese Komponenten, die zusammen mit den Absichten unserer Bündnispartner unsere Sicherheitspolitik ausmachen, sind in sich variabel und vom Grad des Ausgleichs zwischen Ost und West abhängig, der wiederum den Pegel bestimmt, an dem wir unsere deutschen Verteidigungsaufgaben zu messen haben.

Unsere bisherige Außen- und Sicherheitspolitik aber läßt erkennen, daß die Bundesregierung, von der Friedensnote einmal abgesehen, kaum bereit ist, den sich anbietenden Ausgleich zwischen den nuclearen Weltmächten tatkräftig zu fördern. Ihr starres Festhalten an der Freund-Feind-Konzeption birgt die Gefahr in sich, daß wir vor den Entspannungsbemühungen der USA und der Sowjetunion überrollt werden, ganz abgesehen davon, daß diese Politik der Bundesregierung uns mehr und mehr außenpolitisch isoliert und innenpolitisch zu einer Stagnation führt, wie sie in der Wiedervereinigungsfrage sichtbar wird.

Wenn angesichts dieser politischen Situation heute der Ruf nach einer Kürzung des Verteidigungshaushalts laut wird, so ist ein solches Verlangen zwar fiskalisch verständlich, es läßt jedoch die derzeitigen sicherheitspolitischen Notwendigkeiten außer acht. Da die Bundesregierung bisher eine Sicherheitspolitik verfolgte und noch verfolgt, die auf der Überzeugung eines hohen Aggressivitätsgrades der Warschauer Paktmächte beruht, muß sie zwangsläufig das Sicherheitsminimum sehr hoch ansetzen. Es wird vom Volumen des ungekürzten Verteidigungshaushalts gerade gedeckt. Aber auch die Mächte des Warschauer Paktes sind durch eigene Erkenntnisse, aber auch vielleicht infolge der notwendigen Verteidigungsbemühungen der Bundesrepublik und trotz unserer Friedensbeteuerungen davon überzeugt, daß wir Aggressionsabsichten hegen. Dabei spielt es in diesem Zusammenhang keine Rolle, ob solche Furcht berechtigt ist oder nicht; entscheidend ist vielmehr, daß es angesichts einer solchen Situation problematisch erscheint, wenn angerechnet Politiker, die für die Sicherheits- oder Unsicherheitspolitik der Regierung mitverantwortlich zeichnen, lauthals nach Kürzungen im Verteidigungshaushalt rufen.

Was also ist zu tun? Notwendig ist eine Überprüfung und Neubestimmung unserer gesamten außen- und verteidigungspolitischen Konzeption im Einvernehmen mit unseren Bündnispartnern. Sie muß vorausschauend den zunehmenden Ausgleichstendenzen der Weltmächte mehr Rechnung tragen, als das bisher geschehen ist. Sie muß schlicht die Entspannung fördern und sie nicht aus dem M i n d e r u n g des Sicherheitsrisikos abzeichnet, kann daran gegangen werden, hieraus auch die notwendigen f i s k a l i s c h e n Konsequenzen zu ziehen. Erst dann kann gespart werden.

Wenn wir alle heute die Höhe des Verteidigungshaushalts beklagen und ihn aus sicherheitspolitischen Gründen nicht wesentlich kürzen können, so ist das der Preis, den wir für die bisherige Politik der Bundesregierung zu zahlen haben. S i e hat allzulange übersehen, daß um uns herum Gräben zugeschüttet werden, während wir uns immer noch im Gräbenkampf befinden mit allen auch finanziellen Konsequenzen, die eine solche Politik des Gegensatzes zwangsläufig mit sich bringt. Die Verantwortung für diesen Zustand tragen allein die Bundesregierung und die Parlamentsmehrheit.

## Unsere Schulen im Ausland (I)

### Vorzüge und Mängel

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Allen wiederholten Erklärungen der Bundesregierung über den erfolgreichen Wiederaufbau des deutschen Auslandsschulwesens zum Trotz ist eine Reorganisation im Bereich der deutschen Auslandsschulen unvermeidlich. Die Missverständnisse der Organisation, Ziel und Möglichkeiten unseres Auslandsschulwesens, für das im Haushalt 1967 rund 80 Millionen DM aufgewendet werden sollen, sind sogar unter Parlamentariern so weit verbreitet, dass kürzlich im Auswärtigen Ausschuss in Gegenwart des Aussenministers Schröder allen Ernstes die Empfehlung gegeben wurde die Bundesregierung möge darauf drängen, möglichst rasch möglichst viele der sogenannten deutschen Expertenschulen in sogenannte Begegnungsschulen zu verwandeln.

Eine Empfehlung, die Kennern der heutigen Situation nun ein Lächeln abnötigen kann, weil beide Schultypen nur noch schwer unter einen Hut zu bringen sind. Die eben erwähnten Expertenschulen sind Schulen, die fast ausschliesslich der Unterrichtung der schulpflichtigen Kinder der deutschen Kolonien im Ausland dienen. Mit der zunehmenden Ausbreitung deutscher Unternehmungen und Niederlassungen sowohl in Europa wie in Übersee hat dieser Schultyp insofern an Bedeutung gewonnen, als die wachsende Zahl verhältnismässig kurzfristig ins Ausland entsandter Kaufleute, Ingenieure, Diplomaten und Experten mit schulpflichtigen Kindern zum Ausbau dieser Schulen drängt. Der begreifliche Wunsch der Eltern, diese Schulen wenigstens bis zur mittleren Reife geführt zu sehen, macht sie zu einem zunehmend kostspieligeren, aber in vielen Fällen unvermeidlichen Service Bonn für seine Mithürger im Ausland. Völlig auf innerdeutsche Bedürfnisse zugeschnitten, führen diese Schulen naturgemäss ein kulturpolitisches Eigenleben, das nicht über ihre kulturelle Funktion innerhalb der deutschen Kolonien hinausführt. Mit anderen Worten, diese Botschaftsschulen erfüllen keine kulturvermittelnde Aufgabe innerhalb unserer Auslandskulturarbeit. Sie werden aber etatismässig nach wie vor mit deutschen Auslandsschulen, die eine solche Aufgabe erfüllen, in einen Topf geworfen und verfälschen so nach aussen Umfang und Charakter unseres ursprünglich auf ein anderes Ziel angelegten Auslandsschulwesens. Diese Schulen, - wenn man für die Kategorie einen strenger Massstab anlegt - 22 an der Zahl, verschlingen zur Zeit rund 35% des Auslandsschuletats.

### Problematik der Begegnungsschulen

Aber auch über die wachsende Problematik der nächsten Kategorie von Auslandsschulen, den sogenannten Begegnungsschulen mit innerdeutscher Schulstruktur, gibt man sich innerhalb und ausserhalb der Bundesrepublik vielen Illusionen hin. Von diesem Typ, insgesamt 26, sind vier in Italien, neun auf spanischem Territorium, drei in Ägypten, zwei in Portugal und der Rest in anderen Ländern.

Die meisten dieser Schulen verdanken ihre Entstehung dem guten Ruf der deutschen Pädagogik und der besonderen Rolle, die die deutsche Sprache um die Jahrhundertwende und teilweise auch noch in den zwanziger Jahren spielte. Die vorbehaltlos anerkannte Sonderstellung

dieser Schulen in der Zeit ihrer Gründung und die damit verbundene selbstverständliche Anerkennung ihrer Abgangszeugnisse ist nach dem 2. Weltkrieg fast durchweg einer sehr viel ungünstigeren Lage gewichen.

Vor allem hat es die deutsche Auslandskulturpolitik, die besonders in der Frage der Auslandsschulen durch einen im Grunde an Auslandsfragen uninteressierten Kulturföderalismus gelähmt war, es nicht vermocht, ähnlich wie die Franzosen, den Auslandsschulen als den alten und bewunderten Modellschulen eines europäischen Bildungshumanismus erneute Anerkennung und automatische Integration im Schulwesen des Gastlands zu verschaffen.

So müssen eine stattliche Zahl dieser Schulen heute praktisch der zuvor erwähnten Kategorie der Botschaftsschulen zugerechnet werden, weil ihre Abschlusszeugnisse nicht zum Studium auf den Universitäten des Gastlandes berechtigen, wie zum Beispiel in Italien, der Türkei und Persien. Nüchtern ausgedrückt ist hier ein sentimentales Hobby der Eltern an die Stelle einer bewussten Bildungsaufgabe getreten, soweit es sich um die Freqüentierung dieser Schulen durch einheimische Schüler handelt. In Persien wird dies besonders deutlich - die persischen Begegnungsschüler sind zu 95% Kinder aus persisch-deutschen Ehen.

#### "Neokolonialistische Standesschule"

Bei einem anderen Teil dieser Schulen verlangen die Schulgesetze des Gastlandes, so in Spanien und Portugal, Adjustierungen der innerdeutschen Schulstruktur und die Einrichtung zweiter Schulzüge, die die kulturpolitischen Wirkungsmöglichkeiten eines partnerschaftlichen Bildungsaustausches stark einschränken und die auch von der pädagogischen Systematik her stark anfechtbar sind. Wenn das deutsche Schulsystem auch noch immer dem herkömmlichen spanisch-lateinamerikanischen Lernschulsystem häufig überlegen ist, so doch nicht mehr dort, wo moderne Bildungsprinzipien Eingang gefunden haben und vor allem dort nicht mehr, wo sich die deutschen "Begegnungsschüler" an den gesellschaftlichen Umschichtungsprozessen im Gastland vorbei zu Prototypen einer Art Neokolonialistischer Standesschule entwickelt haben.

Weder die Kultusministerkonferenz noch das Auswärtige Amt haben es bis zum heutigen Tage unternommen, einen ungeschminkten Bericht über die Restriktionen zu veröffentlichen, denen zum Beispiel entsandte deutsche Lehrer nach wie vor an manchen dieser Schulen ausgesetzt sind, wenn sie es unternehmen, sozialkundlichen Unterricht oder Gegenwartskunde nach deutschem Vorbild zu erteilen.

"Ein Dienstmädchen aus Portugal"

Auch zwischen Spanien und Portugal gibt es Spannungen

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Spanier und Portugiesen sind nicht immer gute Nachbarn. Obwohl in Sprache und Lebensgewohnheit einander sehr ähnlich, sehen die 32 Millionen Spanier auf ihre neun Millionen portugiesischen Nachbarn etwa so herab, wie manche deutsche Kollegen auf die spanischen Gastarbeiter. "Hinter Badajoz beginnt der Kongo, da trinken sie nur Blümchenkaffee und decken sich nachts mit einem Zeitungsblatt zu", sagte dieser Tage ein Spanier von gewisser Weiterfahrung nicht etwa im Scherz, sondern im Ernst. Und ein anderer, der über den "Dienstbotenmangel in Spanien" klagte, beschloß nach Portugal zu fahren und sich von dort ein Dienstmädchen mitzubringen. "Gastarbeiter aus Portugal" leben in Spanien - es mögen etwa 20 000 sein, vor allem Hilfsarbeiter und Dienstmädchen. Die Portugiesen spielen in Spanien jene Rolle, die früher einmal die Italiener in der beschränkten Vorstellungswelt der Deutschen innehatten.

Die Portugiesen erfreuen sich andererseits wegen ihrer Anspruchslosigkeit und Schicksalsergebenheit eines guten Rufes als Arbeitskräfte, die so gut wie nie aufbegehren. "Ihre Geduld ist unerschöpflich", lobte ein spanischer Offizier, der an gemeinsamen spanisch-portugiesischen Herbstmanövern teilgenommen hatte. Der "Iberische Pakt" so alt wie Francos Regime, ist eine der Säulen, auf denen Spaniens Sicherheit ruht. Aber dieser Pakt hat jüngst einige Löcher bekommen. Die Portugiesen, die industriell einige beachtliche Leistungen trotz bescheidener Mittel erzielten, können mit ihren östlichen Nachbarn noch längst nicht Schritt halten. Sie fürchten, von den Spaniern "untergebuttert" zu werden. Dazu kommen noch andere Spannungen: Die Portugiesen - so ließ sich das Hauptblatt der spanischen Touristeninsel Mallorca, "Balears", vernahmen - wollen allen Ernstes den Spaniern das "Touristen-Wasser" abgraben und ihre Algarve-Südküste so populär machen, daß Spaniens Strände vereinsamen.

Aber "Balears" hat die gewöhnlich unterschätzte Wirtschaftskraft der portugiesischen Nachbarn überschätzt. Ernsterer Mißverständnisse gibt es, seitdem Spanien den NATO-Flugzeugen das Überfliegen spanischer Luftraum untersagt und seitdem ein spanisches Gericht einen portugiesischen Geheimagenten im Zusammenhang mit dem geheimnisvollen Mord an dem portugiesischen Oppositionsführer General Humberto Delgado an der spanisch-portugiesischen Grenze zur Verhaftung ausgeschrieben hat.

Die Portugiesen blicken etwas neiderfüllt auf das spanische Wirtschaftswunder, daß ihnen versagt blieb angesichts einer versteinten Gesellschaftsstruktur und infolge des seit 1961 währenden Kolonial-Krieges in Angola, Mozambique und Portugiesisch-Guinea. Noch ist es auf Timor und in Macao ruhig - aber auch diese portugiesischen Überseeprovinzen können eines Tages zu Unruheherden werden. Die Spanier, die ebenfalls "afrikanische Gebiete" kontrollieren und den Eingeborenen praktisch völlige Handlungsfreiheit einräumen, fühlen sich auch in ihrer Afrika-Politik der portugiesischen Nachbarn überlegen. Wirtschaftlich auf "Boom" eingestellt und politisch auf weltweite Kontakte, spötteln die Spanier weidlich über den portugiesischen "Provinzialismus".